

Doch ein Listenplatz für Graber

SVP Die Rechnung der Sektion Berner Jura ging nicht auf: Die Delegierten der SVP Kanton Bern führen Manfred Bühler nicht kumuliert auf. Stattdessen erhält Anne-Caroline Graber doch einen Listenplatz.

Nur einer der beiden Plätze für den Berner Jura auf der Liste der SVP-Nationalratskandidaten geht an Manfred Bühler. Anders als von der bernjurassischen Sektion vorgeschlagen, lehnten die Delegierten der Kantonalpartei an ihrer gestrigen Versammlung eine Kumulation ab. Stattdessen schicken sie neben Bühler Anne-Caroline Graber ins Rennen, die Tochter des amtierenden Nationalrats Jean-Pierre Graber. «Ohne Kumulierung ist es für den Berner Jura fast unmöglich, einen Sitz im Nationalrat zu erhalten», appellierte Patrick Tobler, Präsident der SVP Berner Jura, vergeblich an die Delegierten. Dies sei stossend, weil der Berner Jura auch keine Vertreter aus anderen Parteien in Bundesbern habe. Votanten aus anderen Sektionen hielten dem entgegen, durch eine Kumulation würde die Sektion Berner Jura bevorzugt. Die Delegierten lehnten die Kumulation mit 288 zu 74 Stimmen ab, sprachen sich aber mit 329 zu 25 Stimmen dafür aus, die Bernjurassier an erster Stelle vor den Bisherigen auf der Liste aufzuführen.

Die SVP will neun Sitze im Nationalrat gewinnen und somit einen Sitz dazuerobern. *sar*

Die Nationalratskandidaten: Manfred Bühler, Cortébert; Anne-Caroline Graber, La Neuveville (beide neu aus Berner Jura); Andreas Aebi, Alchensdorf; Adrian Amstutz, Sigriswil; Andrea Geissbühler, Herrenschiwanden; Nadja Pieren, Burgdorf; Albert Rösti, Uetendorf; Erich von Siebenthal, Gstaad (alle bisher); Ueli Augstburger, Gerzensee; Alfred Bärtschi, Lützel-flüh; Peter Brand, Münchenbuchsee; Walter Brog, Innetkirchen; Thomas Fuchs, Bern; Samuel Graber, Horrenbach-Buchen; Lars Guggisberg, Kirchlindach; Christian Hadorn, Ochlenberg; Erich Hess, Bern; Jürg Iseli, Zwieselberg; Thomas Knutti, Weissemburg; Raphael Lanz, Thun; Willy Marti, Kallnach; Hans Jörg Rüegsegger, Riggisberg; Werner Salzmann, Mülchi; Martin Schlup, Schüpfen; Béatrice Struchen, Epsach.



Die Richtlinien der Regierung gaben zu reden: Grossräte Walter Messerli, Christian Bachmann, Antonio Bauen und Hannes Zaugg (v.l.).

Andreas Blatter

Der Grosse Rat schraubt an den Zielen der Regierung

LEGISLATURZIELE Selten hat das Parlament der Regierung derart etwas am Zeug geflickt: Der Grosse Rat hat gestern Planungs- und Richtlinienerklärungen verabschiedet, die sich die Regierung für die laufende Legislatur geben will.

Dass die Legislaturplanung der rot-grünen Kantonsregierung im bürgerlich dominierten Parlament zu reden geben würde, zeichnete sich bereits letzten November ab. Kurz nachdem die Regierung damals ihre Ziele in den Bereichen Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft vorgestellt hatte, legte die SVP ihre eigenen Visionen für einen starken Kanton Bern dar. Während die Regierung nach eigenem Bekunden in ihrer dritten Legislatur auf Kontinuität und nachhaltige Entwicklung setzen will, will die SVP mit der «rot-grünen Ideologie» brechen und fordert tiefere Steuern, eine schlankere Verwaltung, weniger

Zentralisierung und mehr Innovation (wir berichteten).

Zum gestrigen Auftakt der Januarssession war die Legislaturplanung der Regierung traktandiert. Ein Geschäft, das das Parlament lediglich zur Kenntnis nehmen kann. Gestern allerdings flichte der Rat der Regierung etwas am Zeug und verabschiedete einen Strauss von Forderungen. Im Raum stehen auch Rückweiserträge, darüber wird der Rat in seiner heutigen Sitzung befinden.

Von den Steuern bis zur Polizei

Allein die vorberatende Kommission reichte fünf sogenannte Planungs- und Richtlinienerklärungen zu den regierungsrätlichen Richtlinien ein. Sie bemängelte erstens das Fehlen einer über die Legislatur hinausreichenden Vision für den Kanton, wie Präsident Walter Messerli (SVP, Interlaken) sagt. Zweitens solle die Regierung eine Strategie zur Stärkung der regionalen Zusammenarbeit entwi-

ckeln und darin insbesondere die Regionalkonferenzen behandeln. Drittens forderte die Kommission eine Finanzpolitik, welche das Ressourcenpotenzial des Kantons stärke und Spielraum für gezielte steuerliche Massnahmen biete. Zur Sicherung der sozialen Stabilität solle die Regierung viertens eine Gesundheitsstrategie erarbeiten. Und fünftens schliesslich forderte Messerli namens der Kommission, der Bestand der uniformierten Polizei sei zu klären und allenfalls anzupassen.

Neben der Kommission brachten auch SVP und Grüne ihre Forderungen ein. Die kantonalen Behörden müssten die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern, etwa indem sie bürokratische Hürden aus dem Weg räumten, die wirtschaftliche Kreativität und Initiative behinderten, erklärte Anne-Caroline Graber (SVP, La Neuveville). Daphné Rüfenacht (Grüne, Biel) hätte gerne Infrastrukturverbes-

serungen für den Fuss- und Veloverkehr in den regierungsrätlichen Legislaturzielen fixiert gesehen.

«Richtlinien als Leitfaden»

Regierungspräsidentin Barbara Egger (SP) betonte vergeblich, dass die Richtlinien ein Leitfaden seien und daher kein Anspruch auf Vollständigkeit bestehe. «Der Fokus liegt auf den übergeordneten Themen. Die Detailarbeit erfolgt während der Legislatur im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses gemeinsam mit dem Parlament.» Die von der Regierung festgelegten politischen Ziele zu Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft sollten auch künftigen Generationen von Bernerinnen und Bernern eine hohe Lebensqualität sichern, so Egger.

Der Grosse Rat sprach sich schliesslich klar für sämtliche Planungs- und Richtlinienerklärungen der Kommission aus. Die Forderungen von SVP und Grünen lehnte er dagegen ab. *Andrea Sommer*

In Kürze

ZWEILÜTSCHINEN

Lastwagen kollidiert frontal mit Auto

Gestern kurz nach 12.30 Uhr kam es zwischen Zweilütschinen und Grindelwald zu einem Unfall. Kurz nach der Dorfausfahrt Zweilütschinen geriet ein Auto aus noch ungeklärten Gründen auf die Gegenfahrbahn, wo es zu einer Frontalkollision mit einem Lastwagen kam. Ein ebenfalls talwärts fahrendes Auto fuhr in der Folge auf das verunfallte Auto auf. Der 54-jährige Lenker des Autos auf der falschen Fahrbahn wurde verletzt. Die Lenkerin des anderen Autos und der Lastwagenfahrer blieben beim Unfall unverletzt. Weil der Lastwagen schräg am Bahntrasse zum Stillstand kam, war der Bahnverkehr zwischenzeitlich unterbrochen. Ab 14 Uhr verkehrten die Züge wieder normal. *cla/mab/sda*

MÜRREN

Das Inferno-Rennen beginnt

Morgen beginnt mit dem Kombinationslanglauf das 72. Inferno-Rennen. Ab 16.30 Uhr skaten die 467 Teilnehmer der Superkombination auf der Dorfstrasse Mürrens um Sekunden und Ränge. Am Donnerstag ab 10 Uhr findet in den Oberen Hübelen der Riesenslalom statt. 1850 Fahrerinnen und Fahrer starten am Samstag ab 8.50 Uhr unterhalb des Schilthornpiffels zum 72. Inferno-Rennen. Aufgrund der aktuellen Schneeverhältnisse ist das Ziel bei der Winterregg vorgesehen. Den definitiven Entscheid über die Streckenführung fällt das Inferno-OK am Freitagabend. *bpm*

SPIEZ

Eine Drehleiter für Oberland-West

Seit September wird die Feuerwehr Spiez automatisch angeboten, wenn sich im westlichen Oberland ein grösserer Brand ereignet. Dies, weil Spiez im gesamten Gebiet über die einzige Autodrehleiter verfügt. Bislang war das fünfmal der Fall, doch nur zweimal kam sie dann auch zu einem Einsatz. Die Einsatzkosten der Spiezer Drehleiter werden von der Gebäudeversicherung Bern übernommen. *js*

FDP fordert mehr Frontalunterricht

VOLKSSCHULE FDP-Grossräte fordern, dass die Volksschule leistungsorientierter wird. Zudem sollen Lehrer-Weiterbildungen nicht während der Unterrichtszeit stattfinden.

Die FDP-Grossräte Philippe Müller (Stadt Bern) und Hans-Peter Kohler (Spiegel) haben gestern gleich vier Vorstösse zur Volksschule eingereicht.

In einer Motion fordern die beiden, alters- und niveaudurchmisches Lernen müsse enger reguliert und begleitet werden. Vor allem ein Dorn im Auge ist ihnen das Modell der Mosaikschulen, wie es auch im Stadtberner Schulhaus Munzinger gelebt wird. Mehrjahresschulen seien möglich, wo sie organisatorisch Sinn machen, schreiben sie. Jedoch solle wieder vermehrt der «nach Jahrgang orientierte Frontalunterricht eingeführt werden». Insgesamt solle in der Volksschule wieder ein verstärkt leistungsorientierter Schulunterricht eta-

bliert werden. Die Schulnoten müssten «das zentrale Beurteilungsinstrument» sein – «das» ist in der Motion fett und kursiv geschrieben. Nur die Noten würden eine klare und einfache Aussage über die Leistung erlauben, finden Kohler und Müller.

Weniger Bezugspersonen

Mit einer zweiten Motion wollen sie erreichen, dass Lehrerinnen und Lehrer ihre Weiterbildungen nicht während der Unterrichtszeit absolvieren. Dies vor allem zur Entlastung der Eltern. Es sei zum Teil schwierig, kurzfristig eine Betreuung für die Kinder zu finden.

Zusätzlich haben Kohler und Müller in einer Interpellation dem Regierungsrat eine Reihe von Fragen gestellt, vor allem zum Anstieg der Ausgaben in der Bildung. Zuletzt fordern sie, die Zahl der Bezugspersonen in der Schule solle vermindert werden, indem die Klassenlehrperson mehr Ressourcen erhalte. *dog*

Klares Nein für «doppelten Pukelsheimer»

GROSSER RAT Die kleinen Parteien sind gestern erneut mit dem Versuch gescheitert, das System zur Sitzverteilung bei kantonalen Wahlen zu ihrem Vorteil zu verändern.

Mit schöner Regelmässigkeit wollen die kleinen Parteien das Wahlsystem im Kanton Bern wechseln, und jedes Mal scheitern sie mit dem Unterfangen. So auch gestern, als der Grosse Rat einen Wechsel zum sogenannten «doppelten Pukelsheimer» deutlich ablehnte.

Die EVP hatte die Einführung des nach einem Mathematiker benannten Systems per Motion gefordert. Dies, weil das heute gültige Wahlsystem die grossen Parteien bevorzugt. Für alle, statt für wenige – so lasse sich der Vorstoss zusammenfassen, erklärte EVP-Grossrat Ruedi Löffel (Münchenbuchsee). Es gehe um die Gerechtigkeit bei der Sitzverteilung. Das heutige System verzerrte den Wählerwillen. Mit dem «doppelten Pukelsheimer» dage-



Setzte sich vergeblich für einen Wechsel des Wahlsystems ein: EVP-Grossrat Ruedi Löffel.

Andreas Blatter

gen hätten die Stimmen aller Wähler gleich viel Gewicht.

Nur die Kleinen sagten Ja

Neben der EVP unterstützten die kleineren Parteien GLP, EDU, BDP und die Grünen den Vorstoss. Blaise Kropf plädierte namens der Grünen dafür, das neue

System vertieft zu prüfen. Das heutige System der Listenverbindungen helfe zwar den kleinen Parteien, führe jedoch zu «Perversionen», sodass Parteien, die inhaltlich meilenweit voneinander entfernt seien wie GLP und EDU bei den Wahlen eine Listenverbindung eingingen. BDP-Spre-

cher Samuel Leuenberger (Trubschachen), sprach sich ebenfalls für den «doppelten Pukelsheimer» aus: «Jede Wählerstimme muss ihre Wirkung entfalten.»

Einigkeit bei SP, SVP und FDP

SVP, SP und FDP wollten dagegen vom Systemwechsel nichts wissen. Die Berechnung der Sitzverteilung müsse für die Bürger verständlich sein, sagte SVP-Sprecher Markus Aebi (Hellsau). Dies sei beim heutigen System der Fall. Zudem bilde dieses die Realitäten im Kanton besser ab. «Es ist eine Illusion, zu glauben, dass sich der Wählerwille zu 100 Prozent abbilden lasse», erklärte Hubert Klopfenstein (Biel) namens der FDP-Fraktion. Das aktuelle System habe sich bewährt. Dem pflichtete SP-Sprecher Peter Siegenthaler (Thun) bei, und auch die Regierung empfahl, beim bisherigen Wahlsystem zu bleiben. Der Rat folgte dieser Empfehlung schliesslich mit 98 gegen 52 Stimmen bei drei Enthaltungen. *Andrea Sommer*